

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**04 020**                      **Allgemeine Bewilligungen**
**E i n n a h m e n**
**Verwaltungseinnahmen**

111 10	052	Einnahmen aus dem Registerportal .....	—	—	—	—
111 12	052	Einnahmen aus dem Zwangsversteigerungsportal .....	—	—	—	—
119 01	052	Vermischte Einnahmen .....	310 000	250 000	+60 000	314
119 02	052	Einnahmen aus Veröffentlichungen .....	—	—	—	6
		Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 531 12.				
119 03	011	Einnahmen aus Nebentätigkeiten .....	—	—	—	2
		Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 526 30.				
119 04	011	Einnahmen aus dem Verkauf des Firmentickets von Ver- kehrsunternehmen an Landesbedienstete .....	—	—	—	1 765
		Siehe Vermerke bei Titel 546 04.				
124 00	011	Einnahmen aus der Überlassung von Stellplätzen bei Landesbehörden .....	—	—	—	—
132 01	052	Erlöse aus der Veräußerung von beweglichen Sachen .....	—	—	—	1

**Übrige Einnahmen**

235 00	253	Sonstige Zuweisungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit .....	—	—	—	18
		Siehe Verstärkungsvermerk bei Titel 427 02.				
236 00	253	Erstattungen von Sozialversicherungsträgern sowie von der Bundesagentur für Arbeit .....	—	—	—	11
		Einnahmen fließen den Ausgaben bei Titel 427 50 zu.				
236 10	251	Erstattungen der Bundesagentur für Arbeit für Mehrauf- wandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II ..	—	—	—	5
272 00	012	Projektbezogene Finanzhilfen aus EU- Förderprogrammen .....	—	—	—	—
		Siehe Haushaltsvermerke bei Titel 525 50.				
286 10	056	Erstattungen des Europarats im Rahmen des Projekts Twinning of Prisons .....	—	—	—	—
286 20	052	Erstattungen der Europäischen Union im Rahmen des Twinning-Projekts mit Lettland .....	—	—	—	—
331 00	052	Zuweisungen des Bundes .....	—	5 500 000	-5 500 000	5 500

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu Titel 111 10:**

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Registerportal.

**Zu Titel 111 12:**

Einnahmen aus der Einsicht in das elektronische Zwangsversteigerungsportal.

**Zu Titel 119 01:**

1. Einnahmen aus den Erstattungen von Dritten. . . . .	170 000 EUR
2. Erstattungen der JURIS-GmbH für Leistungen der Dokumentationsstelle bei dem OVG Münster . . . . .	140 000 EUR
Zusammen . . . . .	310 000 EUR

**Zu Titel 119 02:**

Einnahmen aus Werbeanzeigen in Veröffentlichungen.

**Zu Titel 124 00:**

Nach dem Gesetz zur Gestellung von im Eigentum oder im Besitz des Landes stehenden Stellplätzen vom 16.12.1998 (GV. NRW. 1998 S. 738) kann von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich der Landesverwaltung für die Überlassung von Stellplätzen grundsätzlich ein angemessenes Entgelt verlangt werden. Hierdurch soll ein Beitrag zur umwelt- und sozialverträglichen Gestaltung des Stadtverkehrs durch eine verstärkte Nutzung des öffentlichen Verkehrs bei Fahrten von und zur Dienststelle geleistet werden.

Durch den Erwerb bestimmter Fahrausweise des öffentlichen Nahverkehrs tritt eine Befreiung von der Entgeltpflicht ein. Die Abwicklung der Einnahmen und Ausgaben aus dem Verkauf/Kauf von Firmentickets erfolgt bei Titel 119 04 bzw. bei Titel 546 04.

**Zu Titel 132 01:**

Die Erlöse aus der Verwertung ausgesonderter Dienstkraftfahrzeuge sind seit dem Haushalt 2003 dezentral veranschlagt.

**Zu Titel 272 00:**

EU-Finanzhilfen zur Durchführung von Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen.

**Zu Titel 331 00:**

Der Bund beteiligt sich an den Kosten des Neubaus des Hochsicherheits-Prozessgebäudes des Oberlandesgerichts Düsseldorf mit insgesamt 16,5 Mio. EURO, die in den Jahren 2005 bis 2007 mit jeweils 5,5 Mio. EURO gezahlt werden.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**Titelgruppen**

Titelgruppe 61

Einnahmen im Rahmen der Einführung des elektronischen Grundbuchs

111 61 052	Gebühren und tarifliche Entgelte . . . . .	4 650 000	2 300 000	+2 350 000	4 595
	Summe Titelgruppe 61 . . . . .	4 650 000	2 300 000	+2 350 000	4 595
	Gesamteinnahmen Kapitel 04 020 . . . . .	4 960 000	8 050 000	-3 090 000	12 217

---

## Erläuterungen

---

**Zu Titel 111 61:**

Einnahmen aus der Einsicht ins elektronische Grundbuch.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**A u s g a b e n**
**Personalausgaben**

1. 58 (58) Planstellen/Stellen des Einzelplans 04 sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" wie folgt kw: 3 (13) ab 01.01.2008, 33 (45) ab 01.01.2009, 10 (-) ab 01.01.2011 und 12 (-) ab 01.01.2012
2. - (15) Planstellen des richterlichen Dienstes (BesGr. R 1) sind aufgrund der "Organisationsuntersuchung Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000" kw ab 01.01.2007.
3. 298 (673) Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - Arbeitszeitverlängerung - davon - (355) zum 31.12.2007 und 298 ab 01.01.2008.
4. 106 (135) Planstellen/Stellen des Einzelplans - ausgenommen die Fachbereiche (alle Bereiche außer den Verwaltungsbereichen) der Kapitel 04 210 bis 04 410 - sind kw - 1,5 %-ige Stelleneinsparung -, davon - (27) ab 01.01.2006, 25 (27) ab 01.01.2007, 21 (27) ab 01.01.2008, 21 (27) ab 01.01.2009, 15 (27) ab 01.01.2010, 6 (-) ab 01.01.2011, 6 (-) ab 01.01.2012 und 12 (-) ab 01.01.2013.
5. 221 (-) Stellen des Einzelplans sind kw ab 01.01.2008 - Arbeitszeitverlängerung im Tarifbereich
6. 22 Planstellen/Stellen des Einzelplans sind kw - Einführung der Zweistufigkeit im Justizvollzug des Landes NRW
7. Die Ausgaben der Titel 443 01 und 452 00 sind von der Deckungsfähigkeit nach § 7 Abs. 1 HG ausgenommen.

427 02	253	Entgelte für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Rahmen von Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung . . . . . Ausgaben dürfen über den Ansatz hinaus insoweit geleistet werden, als entsprechende Zuweisungen der Bundesagentur für Arbeit bei Titel 235 00 zugesichert sind.	225 700	225 700	—	126
427 50	253	Vergütungen und Löhne für Aushilfen für die Durchführung von Altersteilzeit nach dem Altersteilzeitgesetz . . . Siehe Haushaltsvermerk bei Titel 236 00.	—	—	—	—
441 01	940	Beihilfen in Krankheitsfällen aufgrund der Beihilfenverordnung . . . . .	63 698 300	62 327 100	+1 371 200	61 053
441 02	940	Beihilfen in Pflegefällen aufgrund der Beihilfenverordnung . . . . .	354 500	346 900	+7 600	315
441 03	940	Rentenversicherungsbeiträge für Pflegepersonen im Bereich der Beamtinnen und Beamten . . . . .	75 800	74 200	+1 600	95
443 01	940	Fürsorgeleistungen . . . . .	1 526 100	1 499 900	+26 200	1 724
452 00	011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger sowie an die Bundesagentur für Arbeit . . . . .	1 377 800	1 377 800	—	686
462 11	989	Minderausgabe wegen Verlängerung der Arbeitszeit . . . Die Minderausgabe ist in der Hauptgruppe 4 - Gruppen 422 und 429 - durch Stellenreduzierungen zu erbringen. Die Minderausgaben 2006 und 2007 wurden um den Betrag für das Haushaltsjahr 2004 (2.640.000 EUR) infolge kw-Realisierung reduziert.	-5 215 000	-6 212 500	+997 500	—
462 12	989	Minderausgaben wegen pauschaler Stelleneinsparung von 1,5 % . . . . .	-1 242 500	-1 417 500	+175 000	—
462 13	989	Minderausgaben bei Obergruppe 42. . . . .	-2 667 600	-2 667 600	—	—

---

 Erläuterungen
 

---

**Zu den Personalausgaben:**

Zu 1:

Die 58 kw-Vermerke (Haushaltsvermerk zu 1.) sind als Ausgleich für im Kapitel 04 220 im Haushaltsjahr 1992 neu eingerichtete 58 Planstellen und Stellen sowie aufgrund der Organisationsuntersuchung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 2000 ausgebracht worden. 22 der 58 kw-Vermerke sind aufgrund der vorgesehenen Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens um 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung dieser 22 kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

Zu 2:

Die 15 kw-Vermerke (Haushaltsvermerk zu 2.) wurden realisiert im Kapitel 04 220.

Zu 3:

Die 355 kw-Vermerke "zum 31.12.2007" wurden realisiert in den Kapiteln 04 010 (1), 04 210 (307), 04 220 (20), 04 230 (2), 04 240 (4), 04 250 (19) und 04 510 (2). 20 kw-Vermerke "ab 01.01.2008" wurden gestrichen.

Zu 4:

Die 27 kw-Vermerke "ab 01.01.2006" wurden realisiert in den Kapiteln 04 010 (2), 04 210 (15), 04 220 (1), 04 240 (1), 04 250 (1), 04 410 (6) und 04 510 (1). 6 der 27 kw-Vermerke mit der Befristung "ab 01.01.2008" und 6 der 27 kw-Vermerke mit der Befristung "ab 01.01.2009" sind aufgrund der Einrichtung einer Servicestelle "EPOS" im Justizvollzug um jeweils 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung dieser 12 kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der vollständigen Umsetzung des Referenzmodells im Justizvollzug bis zum Zeitpunkt der Befristung. 12 der 27 kw-Vermerke mit der Befristung "ab 01.01.2010" sind aufgrund der vorgesehenen Konzentration im Bereich des Widerspruchsverfahrens um 3 Jahre prolongiert worden. Die Realisierung dieser 12 kw-Vermerke steht unter dem Vorbehalt der Entwicklung der Eingangszahlen in der Verwaltungsgerichtsbarkeit durch die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens.

1 kw-Vermerk "ab 01.01.2007" wird in den Einzelplan 12 Kapitel 12 200 (Landesamt PEM) umgesetzt.

1 weiterer kw-Vermerk "ab 01.01.2007" wird gestrichen.

**Zu Titel 427 02:**

Zentrale Veranschlagung des Landesanteils für allgemeine Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung im Einzelplan 04.

**Zu Titel 427 50:**

Fördervoraussetzung für die Leistungen der Arbeitsverwaltung im Rahmen der Altersteilzeit ist der Nachweis der Wiederbesetzung der freigewordenen Stellen im Sinne von § 3 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. a Altersteilzeitgesetz. Die erforderlichen Landesmittel für eine Wiederbesetzung der durch Altersteilzeit freigewordenen Stellen werden bei dieser Haushaltsstelle nachgewiesen.

**Zu Titel 443 01:**

1. Unfallfürsorge für Beamte/Beamtinnen (Richter/Richterinnen) und sonstige Amtsträger nach dem Landesbeamtengesetz .....	894 100 EUR
2. Entschädigungen an Bedienstete für im Dienst erlittene Sachschäden .....	51 000 EUR
3. Kosten der Röntgenreihenuntersuchungen und der Schutzimpfungen für Bedienstete .....	207 500 EUR
4. Kosten für den betriebsärztlichen und sicherheitstechnischen Dienst .....	280 000 EUR
5. Sonstiges .....	93 500 EUR
Zusammen .....	<u>1 526 100 EUR</u>

**Zu Titel 452 00:**

Erstattung von Arbeitslosengeld an die Bundesagentur für Arbeit sowie Ausgleichszahlungen an die Rentenversicherungsträger zur Vermeidung rentenrechtlicher Nachteile im Rahmen der sog. 58er-Regelung (SGB VI, AFG).

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**Sächliche Verwaltungsausgaben**

514 10	254	Verbrauchsmittel . . . . .	—	—	—	—
518 02	011	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen und Fahrzeuge. . . . .	20 000	20 000	—	1
525 01	012	Aus- (und Fort)bildung der Bediensteten. . . . . <b>Verpflichtungsermächtigung: 300 000 EUR.</b>	250 000	250 000	—	183
525 20	011	Förderung der internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Rechtswesens. . . . . Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO).	125 000	125 000	—	44
525 30	012	Fortbildung der Bediensteten . . . . . 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	800 000	800 000	—	821

## Erläuterungen

**Zu Titel 514 10:**

Zur Verbuchung etwaiger Kosten für Bildschirmbrillen.

**Zu Titel 518 02:**

Veranschlagt insbesondere für die Anmietung von Fahrzeugen.

**Zu Titel 525 01:**

Bei diesem Titel werden Mittel veranschlagt u.a. für folgende Schulungsmaßnahmen:

- sozialtherapeutische Weiterbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Strafrechtspflege und im Strafvollzug auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe,
- psychotherapeutische Fortbildung von Anstaltspsychologinnen und -psychologen für den Umgang mit Sexualstraftätern
- Ausbildung von Beschäftigten des Jugendvollzuges in diagnostischen und sozialpädagogischen Maßnahmen
- Ausbildung von sozialen Ansprechpartnerinnen und -partnern
- Ausbildung im Rahmen des Personalentwicklungskonzepts der Landesregierung (PEEK)
- Module des Aufbaustudiengangs Verwaltungsbetriebswirtschaftslehre
- Qualifizierung von internen Organisationsberaterinnen und -beratern
- Ausbildung von Richterinnen und Richtern als Multiplikatoren für das Qualität sichernde Instrument der "Kollgialen Beratung"
- Ausbildung von Richterinnen und Richtern zur Mediatorin/zum Mediator
- Ausbildung von justizeigenen Supervisorinnen/Supervisoren
- andere Schulungsmaßnahmen, bei denen der Ausbildungscharakter gegenüber der Fortbildung überwiegt.

**Zu Titel 525 20:**

Zur Zahlung

- der Unterrichtsvergütung und Reisekosten der Referenten der Lehrgänge, die z.B. in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) für Juristen aus Europa und den USA durchgeführt werden,
- der Kosten, die sich aus der Zusammenarbeit mit anderen Staaten, z.B. mit China, der Russischen Föderation, Ungarn u.a., auf dem Gebiet der Rechtspflege ergeben,
- der Kosten, die durch Gastbesuche anderer ausländischer Juristen oder sonstiger Fachleute zur Unterrichtung über deutsches Recht und deutsche Justizeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen entstehen,
- der Kosten, die sich aus dem europäischen Netzwerk für Fortbildung ergeben (Vermittlung europäischen Rechts, Austausch von Richtern und Staatsanwälten),
- der Kosten, die sich aus der Beratung (z.B. Rechtsstaatsprozess in Mitglieds- und Kandidatenländern der EU) ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an oder der Ausrichtung von internationalen Fachtagungen ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Teilnahme an Programmen zum Justizaufbau in anderen Staaten (z.B. Kosovo, Mazedonien, Mittelmeeranrainerstaaten) ergeben,
- der Kosten, die sich aus der Ausrichtung von rechtspolitischen Veranstaltungen mit europapolitischem Bezug ergeben.

Der Europarat bzw. die Europäische Kommission erstattet teilweise die Kosten, die im Zusammenhang mit den Partnerschaften zwischen russischen und nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten im Rahmen des Europarat-Projekts "Twinning of Prisons" oder evtl. weiterer Twinning-Projekte anfallen. Etwaige Erstattungen von z.B. UNO, Weltbank oder EU im Zusammenhang mit der Durchführung anderer Projekte sind möglich.

**Zu Titel 525 30:**

1. Kosten der vom Justizministerium veranlassten Fortbildungsmaßnahmen . . . . .	150 000 EUR
2. Kosten der von der Justizakademie des Landes NRW bzw. von der Fachhochschule für Rechtspflege NRW veranlassten Fortbildungsmaßnahmen . . . . .	400 000 EUR
3. Kosten der auf Bezirksebene durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen. . . . .	250 000 EUR
Zusammen . . . . .	800 000 EUR

Veranschlagt sind alle im Zusammenhang mit der Fortbildung des Personals anfallenden Kosten (mit Ausnahme der in den Titeln 525 01 und 525 40 veranschlagten Schulungsmaßnahmen sowie der IT-Fortbildung), insbesondere die anfallenden Vortrags-/Unterrichts- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter (auch der von NRW auszurichtenden Tagungen der Deutschen Richterakademie).



**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
525 40 012	Seminare, Workshops und ähnliche Veranstaltungen zur strukturellen Erneuerung in der Justiz . . . . . 1. Bei Erstattungen von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 Satz 3 LHO). 2. Siehe Verstärkungsvermerke bei den sächlichen Verwaltungsausgaben in den Kapiteln 04 010, 04 210, 04 220, 04 230, 04 240, 04 250, 04 410 und 04 510. <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	800 000	800 000	—	399
525 50 012	Fortbildung aus projektbezogenen Finanzhilfen der EU . . . . . 1. (§ 17 Abs. 3 LHO) 2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 272 00 verstärken oder vermindern diesen Ansatz. 3. Bei der Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen.	—	—	—	—
526 10 011	Kosten für empirische Justizforschung . . . . . <b>Verpflichtungsermächtigung: 200 000 EUR.</b>	240 000	240 000	—	84
526 20 011	Kosten der Entwicklung eines Haushaltscontrollingsystems . . . . .	80 000	80 000	—	—
526 30 011	Kosten der NS-Dokumentationsstelle . . . . . Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 03 geleistet werden.	50 000	50 000	—	47
526 40 011	Kosten für externe Beratungsleistungen im Rahmen der strukturellen Erneuerung der Justiz . . . . .	300 000	450 000	-150 000	25
526 50 011	Ausgaben für die Expertenkommission zur Untersuchung der Justizvollzugsanstalten . . . . .	—	300 000	-300 000	—
529 10 011	Zur Verfügung der Dienststellen und Einrichtungen im Geschäftsbereich des Justizministers . . . . .	45 500	45 500	—	37
529 20 011	Aufwand für Personalvertretungen . . . . . Die Mittel gelten mit der Auszahlung an die Personalvertretungen als verausgabt.	49 500	49 500	—	45
529 30 011	Aufwand der Schwerbehindertenvertretungen . . . . .	5 100	5 100	—	4
531 11 013	Öffentlichkeitsarbeit . . . . . Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 12.	86 500	86 500	—	61
531 12 013	Veröffentlichungen zur Information der Bürger aus Fachbereichen des Ministeriums . . . . . 1. Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 531 11. 2. Mehrausgaben dürfen bis zur Höhe der Mehreinnahmen bei Titel 119 02 geleistet werden. 3. Abweichend von § 61 Abs. 1 und § 63 Abs. 3 LHO dürfen Veröffentlichungen und sonstiges Informationsmaterial an Dritte unentgeltlich (oder gegen ermäßigtes Entgelt) abgegeben werden, soweit dies im dienstlichen Interesse erforderlich ist.	112 400	112 400	—	120
532 10 052	Auslagen in Rechtssachen . . . . . Die Ausgaben dienen der Verstärkung der Ansätze der Titel der Gruppe 532 in den Kapiteln	—	13 247 700	-13 247 700	—
542 01 299	Ausgleichsabgabe nach § 77 Sozialgesetzbuch - Neuntes Buch - (SGB IX) . . . . . Die Ausgaben sind gegenseitig deckungsfähig mit den Ausgaben bei Titel 542 01 der Kapitel 01 010, 02 020, 03 020, 05 020, 06 020, 08 020, 10 020, 11 020, 12 020, 13 020, 14 020 und 15 020.	—	—	—	—

---

## Erläuterungen

---

**Zu Titel 525 40:**

Veranschlagt sind die bei der Durchführung von Schulungsmaßnahmen zur Unterstützung der strukturellen Erneuerung der Justiz anfallenden Kosten, insbesondere die Vortrags- und Reisekostenvergütungen der Referentinnen und Referenten und die Reisekostenvergütungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie der Tagungsleiterinnen und Tagungsleiter. Umfasst sind folgende Maßnahmen:

- a) Führungsfortbildung
- b) Maßnahmen der Organisationsentwicklung und -beratung, Personalentwicklung
- c) Instanzenübergreifende Zusammenarbeit
- d) Controlling, Benchmarking
- e) Qualitätssicherung.

**Zu Titel 525 50:**

Bei diesem Titel sollen Ausgaben zur Durchführung von seitens der EU geförderten Fortbildungsmaßnahmen zu europarechtlichen Themen geleistet werden. Ausgaben werden nur bis zur Höhe der entsprechenden Einnahmen aus EU-Finanzhilfen geleistet. Diese werden bei Titel 272 00 vereinnahmt.

**Zu Titel 526 10:**

Die Mittel werden benötigt für die Betreuung interner Untersuchungen sowie externer Forschungsvorhaben, Druckkosten und sonstige sächliche Verwaltungsausgaben. In den Mitteln sind auch Kosten zur Deckung des Aufwands für Veranstaltungen, insbesondere für Bewirtungs- und Reisekosten von nicht im Justizdienst des Landes NRW stehenden Personen, enthalten.

**Zu Titel 526 20:**

Der Ansatz dient der Entwicklung und Einführung eines Kosten- und Leistungsrechnungssystems in der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen.

**Zu Titel 526 30:**

Kosten der NS-Dokumentationsstelle in der Justizakademie des Landes NRW in Recklinghausen.

**Zu Titel 529 20:**

Zur Deckung des Aufwandes der Personalvertretungen nach § 40 Abs. 2 Landespersonalvertretungsgesetz vom 3. 12. 1974 (SGV.NRW. 2035).

**Zu Titel 531 11:**

Die Mittel sind zur Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial sowie zur Durchführung öffentlichkeitsrelevanter Veranstaltungen bestimmt. Im einzelnen sind vorgesehen:

- a) Auslagen der Pressedezernenten einschl. Mitgliedsbeiträge im Deutschen Presseclub,
- b) Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit der nachgeordneten Dienststellen, Einführung und Verabschiedung von Behördenleitern,
- c) Sonstiges (z. B. Kranzspenden).

Die Ausgaben sind einzeln zu belegen; eine pauschale Auszahlung ist nicht zulässig.

**Zu Titel 531 12:**

Die Mittel sind zur Unterrichtung der Bürger über die Aufgaben der Rechtspflege in Nordrhein-Westfalen bestimmt.

Im Einzelnen sind vorgesehen:

- a) Beschaffung von Informations- und Arbeitsmaterial,
- b) Dokumentationen von Fachtagungen, Informationsgesprächen und sonstigen Veranstaltungen,
- c) Herstellung und Verbreitung von Informationsmaterial; dazu gehört insbesondere eine Faltblattreihe des Justizministeriums,
- d) Veröffentlichungen zur Justizstatistik, Gerichtsorganisation, Strafrechtspflege und zum Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen.

**Zu Titel 542 01:**

Gemäß § 77 Abs. 1 SGB IX haben Arbeitgeber, solange sie die in § 71 Abs. 1 bzw. Abs. 2 SGB IX vorgeschriebene Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte nicht erreichen, für jeden unbesetzten Pflichtplatz eine Ausgleichsabgabe zu entrichten. Die Höhe der Ausgleichsabgabe ist abhängig von der Beschäftigungsquote (§ 77 Abs. 2 SGB IX). Sie ist jährlich an den Landschaftsverband Rheinland - Integrationsamt - abzuführen. Die Abrechnung erfolgt jeweils für das vorangegangene Kalenderjahr. Die Haushaltsstelle dient der Abwicklung der Ausgleichsabgabe. Die Durchführung obliegt dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
546 01 011	Vermischte Ausgaben .....	135 500	106 000	+29 500	48
546 04 011	Ausgaben für den Kauf des Firmentickets von Verkehrs- unternehmen .....	—	—	—	1 754
	1. (§ 17 Abs. 3 LHO)				
	2. Mehr- oder Mindereinnahmen bei Titel 119 04 verstärken oder ver- mindern diesen Ansatz.				
	3. Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs. 1 S. 3 LHO).				
547 10 011	Ausgaben für die Sicherung der Gerichte und Staatsan- waltschaften .....	2 470 600	2 470 600	—	207
549 20 989	Minderausgabe durch Zentralisierung des Gebäudemana- gements .....	-2 182 000	-2 182 000	—	—
	<b>Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Ausgaben für Investitionen)</b>				
631 00 011	Kostenausgleich für Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte .....	40 000	—	+40 000	—
632 10 011	Anteil des Landes an den Kosten einer Kriminologischen Zentralstelle .....	76 000	76 000	—	72
632 20 011	Anteil des Landes an den Betriebskosten der Deutschen Richterakademie .....	390 000	380 000	+10 000	350
632 30 011	Anteil des Landes an den Kosten der Neuordnung der bundeseinheitlichen Systeme der Personalbedarfsbe- rechnung .....	104 000	52 000	+52 000	—
632 40 011	Anteil des Landes an den Kosten der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter .....	43 300	—	+43 300	—
636 10 011	Sonstige Erstattungen an Sozialversicherungsträger so- wie an die Bundesagentur für Arbeit .....	—	—	—	—
681 00 251	Mehraufwandsentschädigung nach § 16 Abs. 3 Satz 2 SGB II .....	—	—	—	5
685 20 011	Einmalige Zuwendung an die Stiftung Forum ad Mosam .....	3 000	—	+3 000	—

---

## Erläuterungen

---

**Zu Titel 547 10:**

Die Mittel sind zur Beauftragung privater Sicherungsdienste für die Eingangskontrollen bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften bestimmt.

**Zu Titel 631 00:**

Nach dem Gesetz zur Lastentragung im Bund-Länder-Verhältnis bei Verletzung von supranationalen und völkerrechtlichen Verpflichtungen vom 05. September 2006 (LastG) sind dem BMJ die Aufwendungen bei Verurteilungen bzw. Vergleichen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu erstatten, soweit die lastenbegründenden Pflichtverletzung im Zuständigkeits- und Aufgabenbereich der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen erfolgt ist.

**Zu Titel 632 10:**

Aus diesem Titel wird der auf das Land NRW entfallende Kostenanteil der Kriminologischen Zentralstelle geleistet. Der veranschlagte Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung des Landes NRW an den Kosten der Kriminologischen Zentralstelle.

**Zu Titel 632 20:**

Dieser Titel enthält die Mittel der auf das Land NRW entfallenden Betriebskosten der Deutschen Richterakademie für alle Zweige der Gerichtsbarkeit. Der Ansatz entspricht der voraussichtlichen anteiligen Belastung an den Kosten der Deutschen Richterakademie, Tagungsstätten Trier und Wustrau. Die Reisekosten der Tagungsleiter werden aus Titel 525 30 gezahlt.

**Zu Titel 632 30:**

Dieser Titel enthält den auf das Land NRW entfallenden Anteil an den Kosten für Nacherhebungen im Bereich der Zivilgerichtsbarkeit, der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der Sozialgerichtsbarkeit.

**Zu Titel 632 40:**

Nach dem Fakultativprotokoll zum VN-Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (OPCAT) sind die Länder verpflichtet, eine Nationale Stelle zur Verhütung von Folter zu errichten. Bei dieser Haushaltsstelle ist der Anteil Nordrhein-Westfalens an den Kosten der Nationalen Stelle veranschlagt.

**Zu Titel 636 10:**

Seit dem Haushalt 2003 veranschlagt bei Titel 452 00.

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**Ausgaben für Investitionen**

711 13	871	Baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften . . . . .	6 188 000	6 188 000	—	5 205
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 2 312 800 EUR.</b>				

**Besondere Finanzierungsausgaben**

971 00	988	Zur Deckung von Mehrausgaben infolge Erhöhung der Umsatzsteuer . . . . . Die Mittel dürfen zur Verstärkung der Ansätze bei den Titeln der Obergruppen 51 - 54, der Hauptgruppe 7 und der Obergruppen 81, 82 und 89 sowie zur Verstärkung der Ansätze für Zuschüsse an Landesbetriebe in allen Kapiteln des Einzelplans herangezogen werden.	10 875 000	5 597 000	+5 278 000	—
971 50	988	Zur Deckung von Ausgaberesten . . . . . Die Deckungsmittel dürfen nur bis zur Höhe der bei den Titeln der Hauptgruppe 5 sowie der Obergruppe 81 entstandenen Ausgabereste des Einzelplans 04 mit Ausnahme des Kapitels 04 020 zur Deckung herangezogen werden.	3 254 000	3 254 000	—	—

---

---

**Erläuterungen**

---

**Zu Titel 711 13:**

Veranschlagt sind die Bauausgaben für die baulich-technische Sicherung von Gerichten und Staatsanwaltschaften zur Verbesserung des baulichen Sicherheitsstandards.

Voraussichtliche Gesamtkosten lt. berichtiger Kostenschätzung .....	66 524 800	EUR
Verausgabte 1995 bis 2006 .....	51 836 000	EUR
Bewilligt 2007 .....	6 188 000	EUR
Veranschlagt 2008 .....	6 188 000	EUR
Vorbehalten .....	2 312 800	EUR

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

**Titelgruppen**
**Titelgruppe 60**
**Ausgaben für die Informationstechnik**

1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.
2. Siehe Deckungsvermerk (Haushaltsvermerk Nr. 2) zur Titelgruppe 61.

511 60	052	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände .....	3 400 000	3 600 000	-200 000	3 110
518 60	052	Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen , Überlassungsvergütungen .....	—	—	—	—
526 60	052	Sachverständige und ähnliche Kosten .....	500 000	500 000	—	14
538 60	052	Ausgaben für Datenverarbeitung .....	6 520 000	6 500 000	+20 000	15 953
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 2 500 000 EUR.</b>				
546 60	052	Vermischte Ausgaben .....	5 500 000	5 500 000	—	5 605
		Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).				
547 60	014	Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik NRW und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln .....	15 500 000	15 020 400	+479 600	11 585
712 60	052	Baumaßnahmen .....	—	—	—	—
812 60	052	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	25 950 600	25 950 600	—	13 557
		<b>Verpflichtungsermächtigung: 12 000 000 EUR.</b>				
		Summe Titelgruppe 60 .....	57 370 600	57 071 000	+299 600	49 824

Erläuterungen

**Zu Titel 511 60:**

1. Geschäftsbedarf . . . . .	2 200 000	EUR
2. Bücher und Zeitschriften . . . . .	—	EUR
3. Kommunikation . . . . .	1 200 000	EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände . . . . .	—	EUR
5. Sonstiges . . . . .	—	EUR
Zusammen . . . . .	3 400 000	EUR

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

**Zu Titel 538 60:**

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

**Zu Titel 546 60:**

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung von IT-Vorhaben, Kosten der IT-Ausbildung und der Anwenderschulung.

**Zu Titel 547 60:**

Kosten für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (Providerkosten für den Intranet- und Internetauftritt der Justiz NRW und der Gemeinsamen Gebietsrechenzentren Hagen und Köln, die vormals im Einzelplan 03 etatisiert waren. Insbesondere im GGRZ Hagen werden zentrale Verfahren der Justiz betrieben (Mahnverfahren, Kassenverfahren "JUKOS", Automatisiertes Schuldnerverzeichnis, Register u.a.)

**Zu Titel 712 60:**

Verkabelung von Dienstgebäuden.

**Zu Titel 812 60:**

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software sowie Beschaffung von Kleinrechensystemen, Ausstattung von Arbeitsplätzen mit IT-gerechtem Mobiliar.



**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					
Titelgruppe 61					
Ausgaben für die Einführung des elektronischen Grundbuchs					
1. Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.					
2. Die Ausgaben sowie die Verpflichtungsermächtigung der Titelgruppe dürfen bis zur Höhe der Einsparungen bei den Ausgaben und den Verpflichtungsermächtigungen der Titelgruppe 60 überschritten werden.					
511 61	052 Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände .....	—	—	—	565
518 61	052 Mieten und Pachten für Geräte, Maschinen, Überlassungsvergütungen.....	—	—	—	—
526 61	052 Sachverständige und ähnliche Kosten .....	—	—	—	—
538 61	052 Ausgaben für Datenverarbeitung .....	—	—	—	3 256
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).					
546 61	052 Vermischte Ausgaben .....	—	—	—	307
Bei Erstattung von aus diesem Titel geleisteten Beträgen ist die Absetzung von der Ausgabe zugelassen (§ 15 Abs.1 Satz 3 LHO).					
712 61	052 Baumaßnahmen .....	—	—	—	—
812 61	052 Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen .....	6 716 900	7 276 900	-560 000	4 177
Verpflichtungsermächtigung: 2 000 000 EUR.					
Summe Titelgruppe 61 .....		6 716 900	7 276 900	-560 000	8 305

---



---

Erläuterungen

---

**Zu Titel 511 61:**

1. Geschäftsbedarf . . . . .	— EUR
2. Bücher und Zeitschriften . . . . .	— EUR
3. Kommunikation . . . . .	— EUR
4. Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände . . . . .	— EUR
5. Sonstiges . . . . .	— EUR
Zusammen . . . . .	— EUR

Beschaffung von IT-Vordrucken, Datenträgern, Farbbändern, Endlospapier und Toner für Laserdrucker usw.

**Zu Titel 518 61:**

Mieten für Datenverarbeitungsanlagen und laufende Vergütungen für die Nutzung von Grund- und Standardsoftware.

**Zu Titel 538 61:**

Ausgaben für Datenverarbeitung, insbesondere anteilige Kosten für die Pflege übernommener Verfahren und Kosten der Programmerstellung durch Dritte.

**Zu Titel 546 61:**

Allgemeine Kosten der Vorbereitung und Einführung des elektronischen Grundbuchs, Kosten der Ausbildung und der Anwenderschulung.

**Zu Titel 712 61:**

IT-veranlasste Maßnahmen der baulich- technischen Herrichtung der Grundbuchämter und des Rechenzentrums.

**Zu Titel 812 61:**

Beschaffung von Anlagen und Geräten der Informationstechnik, u.a. Beschaffung von Personalcomputern nebst Peripherie und Software.

---

Gesamtinvestitionsvolumen zur Einführung des elektronischen Grundbuchs	70.303.000
Ist-Ausgabe bis 2005	40.084.997
Haushaltsansatz 2006	8.641.000
veranschlagt 2007	6.716.900
Vorbehalten	14.860.103

**Kapitel 04 020**  
**Allgemeine Bewilligungen**

Kapitel Titel	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR	Ansatz 2007 EUR	mehr (+) weniger (-) 2008 EUR	IST 2006 TEUR
Funkt.- Kennziffer					

Titelgruppe 70

Ausgaben für den "Ombudsmann für den Strafvollzug"

Die Ausgaben der Titelgruppe sind gegenseitig deckungsfähig.

422 70	056	Bezüge und Nebenleistungen der Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter. . . . .	205 000	100 000	+105 000	—
--------	-----	--	---------	---------	----------	---

**Planstellen**

2008	2007	
1	1	Bes.Gr. A 16 Leitender/Leitende Regierungsdirektor/Regierungsdirektorin Auf dieser Stelle kann auch ein Richter/eine Richterin oder ein Staatsanwalt/ eine Staatsanwältin der BesGr. R 1 oder R 2 geführt werden.
2	2	Bes.Gr. A 11 Regierungsamtmann/Regierungsamtfrau
2	2	Bes.Gr. A 9 Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin 1 (0) erhält eine Amtszulage gemäß Fußnote 3 zu BesGr A 9 der BBesO
5	5	Planstellen
—		davon Dienstwohnungsinhaber
1	1	Höherer Dienst
2	2	Gehobener Dienst
2	2	Mittlerer Dienst
—	—	Einfacher Dienst

**Gliederung nach Laufbahngruppen**

427 70	056	Kosten für die Beratung durch Sachverständige und Honorarkräfte . . . . .	119 500	59 400	+60 100	—
547 70	056	Nichtaufteilbare sächliche Verwaltungsausgaben. . . . .	100 000	27 500	+72 500	—
Summe Titelgruppe 70 . . . . .			424 500	186 900	+237 600	—
Gesamtausgaben Kapitel 04 020 . . . . .			147 006 500	152 692 100	-5 685 600	131 643
Verpflichtungsermächtigungen Kapitel 04 020 . . . . .			19 712 800	23 744 000	-4 031 200	

---



---

Erläuterungen

---

**Zu Titel 422 70:**

UT	Zweckbestimmung	Ansatz 2008 EUR
1.	Dienstbezüge . . . . .	195 000
2.	Zulagen, Zuwendungen und sonstige Leistungen, die auf Gesetz beruhen . . . . .	10 000
Zusammen . . . . .		205 000

**Erläuterungen zu den Veränderungen bei den Planstellen**

Bes.Gr.	Erläuterungen	Zugang	Abgang
A 9 m. D.	Umsetzung von 1 Planstelle (Justizamtsinspektorin/Justizamtsinspektor mit Amtszulage) aus dem Kapitel 04 210 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin mit Amtszulage	1	–
A 9 m. D.	Umsetzung einer Planstelle Regierungsamtsinspektor/Regierungsamtsinspektorin in das Kapitel 04 210 unter gleichzeitiger Umwandlung in eine Planstelle Justizamtsinspektor/Justizamtsinspektorin	–	1
Zusammen		1	1